

5. OKT 1962

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

F/XVII/203

Bonn, den 5. Oktober 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2

Keine künstliche Uneinigkeit!

73

Deutsche Ostpolitik - kein Kampffeld für Parteipolitik

Von Wenzel Jakech, MdB

3 - 4

Rotstift auch für 1963

67

Ein Haushalt der sozialen Unklarheit und vager Hoffnungen

Von H.G. Ritzel, MdB

Mitglied des Haushaltsausschusses des Bundestag

5

Regierungskrise oder Staatskrise ?

37

Auf dem Wege zur Sechsten Französischen Republik

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

6

Pankow wählt in Ostasien

39

Ulbricht auf der Suche nach Anerkennung in Japan

7 - 8

Feuerprobe der "Gromyko-Doktrin"

87

Konfuse Auseinandersetzungen auf der Vollversammlung der UNO

Von unserem Korrespondenten in der USA

8

Der kleine Mann im Ohr

53

Ein Strauss-"Thriller", dem die Luft ausging

Chefredakteur Günter Markscheffel

Keine künstliche Uneinigkeit!

Deutsche Ostpolitik - kein Kampffeld für Parteipolitik

Von Wenzel Jaksch, MdB

Wo Einigkeit besteht, soll man nicht Uneinigkeit um jeden Preis schaffen. Am Vorabend der grossen Debatte über die deutsche Innen- und Aussenpolitik sollten daher Regierung und Opposition überlegen, ob nicht einige Sachgebiete aus allgemein patriotischen Gründen auszuklammern wären. Dies gilt insbesondere für die Frage der Beziehungen zu den europäischen Ostblockstaaten.

Auf diesem Gebiet sind von keiner Seite taktische Vorteile einzuheimsen. Hier steht die deutsche Staatskunst vor der Aufgabe, mit Geduld und Festigkeit langfristige Entwicklungen ins Auge zu fassen und sie in der Richtung dauernder Friedenslösungen zu beeinflussen. Diese Erkenntnis wurde im Dritten Bundestag durch eine redliche Überprüfung vielverschlungener Sachverhalte gewonnen. Ausgangspunkte waren bekanntlich zwei Anträge der FDP und der SPD. Während die FDP vornehmlich auf die Anknüpfung diplomatischer Beziehungen mit Polen drängte, wollte die SPD geklärt wissen, auf welche Weise gegenüber allen osteuropäischen Ländern die Voraussetzungen einer dauerhaften konstruktiven Zusammenarbeit geschaffen werden können. Der Aussenpolitische Ausschuss des Bundestages hat daraufhin das Für und Wider gründlich erörtert; er kam zu dem Schluss, daß hier Lebensfragen des deutschen Volkes im Spiele sind, die durch Mehrheitsentscheidungen nicht beantwortet werden können.

Ein Unterausschuss befasste sich sodann in eineinhalbjähriger Arbeit sowohl mit dem Gesamtkomplex als auch mit den Einzelfragen wie sie von Land zu Land gestellt sind. Was an Expertenkenntnis aufzutreiben war, sagte über die Voraussetzungen diplomatischer Beziehungen und über die Möglichkeiten einer Verbesserung der wirtschaftlichen, kulturellen, wissenschaftlichen und sportlichen Kontakte aus. Vertreter von 20 Landsmannschaften schilderten die Lage der noch in den Vertreibungsgebieten lebenden deutschen Bevölkerung. So wurde auch eine Übersicht über den gewaltigen Umfang der humanitären Probleme geschaffen, die bei einer Normalisierung der Beziehungen gelöst wer-

den müßten. Bei allen diesen Erwägungen konnten auch die Hindernisse nicht übersehen werden, die auf der Gegenseite einer Normalisierung im Wege stehen. Solange sich die Regierungen dieser Länder in welt-politischer Frontstellung gegen die Bundesrepublik befinden, solange sie aus ideologischen Gründen breitere Kontakte ihrer Bevölkerung mit dem freien Teil Deutschlands gar nicht wünschen, kann eine wahre Völkerverständigung, wie sie in Westeuropa unterwegs ist, nicht gedeihen.

- * Schließlich mußte auch die Eigengesetzlichkeit der Ostblock-
- * entwicklung mit jenen deutschen Unterlassungen konfrontiert
- * werden, die zweifellos im Klima des "polnischen Oktober" be-
- * gangen wurden.

Aus dieser Nachprüfung schälte sich die Notwendigkeit heraus, die deutsche Aussenpolitik in diesen Fragen mit einer Ausgangsposi-tion auszustatten, die von allen Parteien des Bundestages unterstützt werden kann. Dies war der eigentliche Sinn des Berichtes des Aussen-politischen Ausschusses, der am 14. Juni 1962 vom Bundestag einstimmig angenommen worden ist. Wer die Empfehlungen dieses Dokuments - Bundestagsdrucksache 2740 mit Ergänzungsbericht 2807 - aufmerksam nachliest, der kann daraus entnehmen,

- * daß der Bundesregierung eigentlich Generalvollmacht erteilt
- * würde, "jede sich bietende Möglichkeit zu ergreifen, um ohne
- * Preisgabe lebenswichtiger deutscher Interessen zu einer Nor-
- * malisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und
- * den osteuropäischen Staaten zu gelangen."

Manche Leute, die nur in den Begriffen eines tödlichen Parteien-zwiespalts denken können und für die das Argument von einer "unüber-brückbaren Kluft" zwischen Regierung und Opposition offenbar das un-entbehrliche Benzin im innenpolitischen Rennwagen ist, scheinen das nationalpolitische Plus einer solchen überparteilichen Standortbe-stimmung in den Vorfragen der Friedensgestaltung noch nicht begrif-fen zu haben.

Es besteht nicht der allergeringste Grund, diesen Fragenkomplex erneut aufzurollen - wie es bereits Herr Dr. Mende in Kiel getan hat - und womöglich eine Kontroverse über hypothetische Möglichkeiten zu eröffnen. Der Bundestag hat bereits gesprochen. Das Auswärtige Amt ist im Besitze ausreichender Vollmachten. Im Interesse der Sache soll-te ihm bei Einzelentscheidungen möglichst wenig ins Handwerk ge-pfuscht werden. Wer auf dem Gebiet einer ernsthaften Verständigungs-politik einige Erfahrungen besitzt, der weiss, daß Verzicht auf De-magogie und Wichtigtuerei unabdingbare Grundlagen jedweden Erfolges sind. Ein Wettlauf der Parteien auf dem Gebiet der Osteuropapolitik wäre ein Wettlauf ins Dornenfeld der Mißerfolge und Enttäuschungen.

+ + +

Rotstift auch für 1963

Ein Haushalt der sozialen Unklarheit und vager Hoffnungen

Von H.G. Ritzel, MdB

Nach den Erklärungen des Bundesfinanzministers haben die Kriegsoffer in diesem Jahre nichts mehr zu erwarten. Das 2. Neurechtsgesetz soll erst in dem berührt-berückichtigten "Sozialpaket" enthalten sein, das noch nicht vorliegt. In dem von dem Bundesfinanzminister erläuterten Haushaltsplanentwurf 1963 sind für das gesamte "Sozialpaket", das Mehraufwendungen von über einer Milliarde enthalten soll, keinerlei Mittel vorgesehen.

Für die Erhöhung der Beamtensoldung, die inzwischen in einem Gesetzesentwurf ab 1. Januar 1963 vorgeschlagen wurde, sollen trotz eines Nachtrags Haushalts für 1962 ebenfalls keine Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Im neuen Haushalt soll wiederum eine Sperre von 20 Prozent aller Baumittel ausgesprochen werden, und trotz eines rechtsgültigen Gesetzes werden dem Bundesstrassenbau aus den Erträgen der Mineralölsteuer nur solche Mittel in 1963 zur Verfügung gestellt, wie für das laufende Rechnungsjahr bereitstehen.

Der Verteidigungshaushalt wird nach den Vorstellungen der Bundesregierung mit 17 Milliarden ausgestattet, während der Verteidigungsminister selbst 18,2 Milliarden verlangt hatte.

Die Aufbringung der zugesagten Mittel für Entwicklungshilfe bereitet dem Bundesfinanzminister - und nicht nur diesem - große Sorgen.

Der Haushalt des Bundespräsidialamtes sieht eine Ausgabenerhöhung von 2,7 Millionen DM vor, der des Bundeskanzleramtes von 4,5 Millionen DM, der des Auswärtigen Amtes von 8,8 Millionen DM. Das Ministerium des Inneren verlangt 122,3 Millionen DM mehr. Trotz einiger Kürzungen verlangt die Landwirtschaft Mehraufwendungen von 157 Millionen DM und erreicht mit einer Etatsumme von 3,9 Milliarden DM den Rekordstand.

Das Sozialministerium sieht, verursacht durch die Tatsache, dass für das "Sozialpaket" überhaupt nichts vorgesehen ist, eine relativ geringe Steigerung vor.

Erheblich mehr beansprucht auch das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (Entwicklungshilfe) mit 585 Millionen DM.

Ein Problem, über das noch sehr eingehend zu sprechen sein wird, betrifft den Wohnungsbau, für den im neuen Haushalt 281,8 Millionen DM weniger vorgesehen sind, als im laufenden Rechnungsjahr.

Eine verständliche Steigerung hat das Atomministerium zu verzeichnen, wo für Probleme der Weltraumforschung, von der sich die Bundesrepublik nicht ausschließen kann, und für Atomkernenergieforschung und ihre Nutzung ein Mehraufwand von 143,8 Millionen DM vorgesehen ist.

Das Kernstück auf der Einnahmeseite ist die Erwartung einer Einnahmeverbesserung um 2 Milliarden DM auf Kosten der Länder und Gemeinden. Heute sind auf Grund Gesetzes die Länder mit 65 Prozent an dem Ertrag der Einkommen- und Körperschaftssteuer beteiligt. Davon finanzieren die Länder ihrerseits die Gemeinden. Im Haushaltsjahr 1962 haben sich die Länder nach langem Hin und Her zu einer freiwilligen Leistung zum Ausgleich des Bundeshaushalts des laufenden Rechnungsjahres von 1,5 Milliarden DM verstanden. Dieser Betrag entspricht etwa 3 Prozent des Einkommen- und Körperschaftssteuergesamtertrages. Wenn die Bundesregierung nunmehr aufs Ganze geht und 2 Milliarden durch eine Änderung des Verteilungsschlüssels, der vom Bundestag und Bundesrat beschlossen werden muß, herbeiführen will, dann werden sich bereits in Erscheinung getretene Widerstände in einem solchen Umfang bemerkbar machen, dass man mit Fug und Recht sagen kann: Dieser Ausgleich auf Hoffnungen und Erwartungen hat keine ausreichende reale Basis.

Jeder Kenner der Verhältnisse muß sich klar darüber sein, dass auch im Hinblick auf den heutigen Stand der Konjunktur eine Kürzung der Ländereinnahmen aus Einkommen- und Körperschaftsteuer um 6 Prozent zu einer Verknappung der Landeshaushaltsmittel und der kommunalen Haushalte führen muß. Die Durchführung lebenswichtiger Verkehrsmaßnahmen, die Errichtung von Wohnungen im kommunalen Wohnungsbau, der Bau von Schulen und die Finanzierung vieler anderer Dinge des unabweisbaren öffentlichen Bedarfs sind gefährdet.

Wiederum wird der Haushaltsausschuß des Bundestages zum Rotstift greifen müssen, um für dringend notwendige Ausgaben die erforderlichen Mittel frei zu machen und übersetzte Ansätze in einzelnen Haushalten zurückzuschneiden. Es muß auch seine Aufgabe sein, den Haushalt durchsichtig und klar zu gestalten.

Regierungskrise oder Staatskrise ?

Auf dem Wege zur Sechsten französischen Republik
Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Die erste Regierungskrise der Fünften Republik trägt bereits die Keime einer Staatskrise in sich. General de Gaulle läßt keinen Zweifel darüber, daß er in 23 Tagen zurücktritt, wenn das Volk nicht für sein Projekt stimmt. Die eigentliche Entscheidung fällt somit am letzten Oktobersonntag.

Die Parlamentarier ließen sich in der historischen Nacht zum 5. Oktober 1962 von der Drohung des Staatspräsidenten nicht beeindrucken. In einer noch nie gekannten breiten Koalition und Geschlossenheit von den Linksparteien bis zu den Rechtsunabhängigen sprachen sie mit unerwartet hoher Mehrheit von 280 Stimmen der Regierung das Mißtrauen aus. 480 Abgeordnete waren stimmberechtigt. Es hätten also 241 Stimmen zum Sturz der Regierung ausgereicht. Da die Kommunisten nur über 11 Mandate verfügen, wäre das Mißtrauensvotum gegen die Regierung Pompidou auch ohne deren Stimmen zustande gekommen.

Wie aber werden die Wähler entscheiden? Der politische Kampf zwischen den Parteien und dem Präsidenten wird sich in den nächsten Tagen und Wochen in dramatischer Weise zuspitzen. Die Parlamentswahlen, die gleichfalls in wenigen Wochen stattfinden, werden höchstwahrscheinlich zu einer vollkommen neuen Nationalversammlung führen, in welcher die Gaullisten sehr geschwächt sein dürften. Das ist der Sinn und Zweck des eindrucksvollen Wahlpaktes, der gestern von den Sozialisten, den Mittelparteien und den Rechtsunabhängigen geschlossen wurde. Dieser Block kann sich gelegentlich auch auf die Kommunisten stützen.

Entscheidend in der Fünften Republik ist aber nicht die Zusammensetzung des Parlaments, sondern die Staatsspitze. Das Ergebnis der Parlamentswahlen und das Resultat der Volkswahlen müssen nicht identisch sein. Viele Wähler können einerseits ihrer traditionellen Partei folgen, andererseits aber aus sentimentalen Gründen oder aus Angst vor einer ungewissen Zukunft dem alten General de Gaulle noch einmal ihr JA geben.

Am Abend des 26. Oktober wird General de Gaulle also zu entscheiden haben, ob er in den nächsten Jahren mit einem gegen ihn gerichteten Parlament regieren will oder ob er seine Drohung wahr macht und seinen Gegnern auch die Führung der Republik überläßt.

In diesem Fall würde für Frankreich eine vollkommen neue Zeit beginnen, die durchaus keine Rückkehr zur Vierten Republik wäre, sondern eher ein Schritt zur Sechsten Republik.

+ + +

Pankow wühlt in Ostasien

Ulbricht auf der Suche nach Anerkennung in Japan

sp - Am 6. Oktober wird im Takawana-Prince-Hotel in Tokio die Gründungsversammlung einer "Japanisch-Deutschen Gesellschaft" stattfinden. Das Wort "Deutsch" steht hier stellvertretend für Ulbrichts "DDR", die durch diese Hintertür ins Fernen Osten ihrer internationalen Anerkennung ein Stück näher zu kommen hofft. Die Vorarbeiten zu dieser Gründung wurden in der Zone von der internationalen Verbindungsstelle des FDGB, in Japan von Mitgliedern des Generalrates der SOHYO-Gewerkschaften geleistet. Die "Japanisch-Deutsche Gesellschaft" soll sich mit der Werbung für die Freundschaft Japans mit der "DDR" befassen und alle Schichten des japanischen Volkes, vor allem aber die Arbeiterschaft, ansprechen.

Die neue Gründung hat eine längere Vorgeschichte, die bereits über mehr als drei Jahre zurückreicht. Ende der fünfziger Jahre war es zunächst der kommunistische Weltgewerkschaftsbund (WBG), der die SOHYO-Führer KAORU OTA und SUZUKI in Kontakt mit dem FDGB-Chef WARNEKE brachte. Dies war das Ergebnis einer Konspiration, die hinter dem Rücken vieler SOHYO-Führer und der Mehrheit der Mitglieder geschah. Die SOHYO-Gewerkschaften wurden nämlich als unabhängige Gewerkschaften gegründet, die Mehrheit ihrer Mitglieder lehnt es noch heute ab, sich vor den kommunistischen Karren spannen zu lassen.

1960 begannen OTA und SUKUZU damit, Delegationsreisen japanischer Gewerkschafter in die "DDR" zu organisieren. Dort wurden die Teilnehmer im kommunistischen Sinne geschult, damit sie nach ihrer Rückkehr die Politik OTAs und SUKUZIS unterstützen und die Unterwanderung der SOHYO vorantreiben sollten. Auch OTA und SUKUZU machten sich nacheinander auf den Weg nach Pankow, wo sie sich wochenlang von der Zonenregierung und dem FDGB-Vorstand luxuriös bewirten und herumreichen ließen. Noch vor wenigen Tagen schickten sie eine starke Delegation unter der Führung von Isao HASEGAWA nach Ostberlin, der angesichts der Mauer am 30. September 1962 erklärte: "Wir heißen dieses Bollwerk gegen den Krieg gut!"

In dem zum SOHYO-Bund gehörigen Chemiearbeiter-Verband "Goka Roren" haben die Kommunisten den tiefsten Einbruch erzielt. Diese japanische Industriegewerkschaft stellt der neuen "Japanisch-Deutschen Gesellschaft" sogar die Räumlichkeiten zur Verfügung, die im Hauptquartier der "Goka Roren" für diesen Zweck freigenacht wurden. Von hier aus soll unter der persönlichen Führung von KAORU OTA ULBRICHS Offensive, in Japan Verbindungen, Prestige und schließlich die Anerkennung zu gewinnen, gestartet werden.

Feuerprobe der "Gromyko-Doktrin"

Von unserem Korrespondenten in den USA

New York, Anfang Oktober 1962

Auf der gegenwärtigen Generalversammlung der Vereinten Nationen haben es die Propheten keineswegs leicht: Es kommt immer und in jedem Falle anders, als sie es vorausgesagt haben. Sie befinden sich aber in guter Gesellschaft: Auch die Planer des Verlaufs internationaler Debatten, sowohl in der Umgebung von Generalsekretär U Thant als auch in den Delegationen maßgebender Großmächte, irren sich. Dinge, die nicht auf der Themenliste der Session standen, spielen in der Debatte die zentrale Rolle (Kuba, Berlin), während andere Themen, von denen man erwartet hatte, daß die Session mit ihnen stehen und fallen werde (z.B. die Neubestätigung von U Thant in seinem Amt), bisher höchstens an der Peripherie erwähnt wurden. Andererseits wurde bei dem ersten Zwegespräch zwischen Dean Rusk und Andrej Gromyko in der privaten Atmosphäre eines Salons im Hotel Waldorf weder über Kuba noch über Berlin geredet, sondern ausschließlich über Laos und Atomkontrolle und Abrüstung, und damit allen Propheten unrecht gebend.

Komödie der Irrungen

Dafür behandelte Gromyko dann in seiner offiziellen Rede in der Generaldebatte Kuba und Berlin umso ausführlicher (und schärfer) und ließ die meisten eigentlichen UNO-Themen links liegen. Ausserdem - um die Komödie der Irrungen fortzuführen - leistete er sich einen hitzigen Angriff gegen die EWG und legte zugleich einen überraschenden Plan der Einberufung einer Welthandelskonferenz vor; die EWG wurde daraufhin von Piccioni (Italien) und Spaak (Belgien) tapfer verteidigt und der Sowjetplan, auf dem Wege einer Handelskonferenz der gefürchteten EWG den Garaus zu machen, stieß rundherum auf taube Ohren. Gromykos eigene Rede, bissig und aggressiv, wie zu den bösesten Zeiten Stalins, war als Antwort auf die vorausgegangene Rede von Adlai Stevenson gedacht, die überaus gemessen und bewusst gedämpft war; Gromyko erhielt dann die entsprechende Antwort präzise, klar und von granitener Härte von Lord Home; auf die der Pole Rapacki antwortete; noch schärfer und lautstärker als sein Meister Gromyko, aber mit einer winzigen Andeutung einer Verständigungsbereitschaft am Ende, die der polnische Eigenbeitrag zur Debatte war... Überraschungen und unerwartete Verwirrungen ohne Ende.

Die Fehlkalkulation Chruschtschows

Immerhin, einige scharfkantige Eindrücke lassen sich doch aus dem chaotischen Stand eines Gesprächs zwischen Ost und West ziehen, wenn man es überhaupt noch als Gespräch bezeichnen kann. Das amerikanische Staatsdepartement ist betroffen über die Gleichgültigkeit, mit der Moskau alle amerikanischen Versuche zum Gespräch, zum Kompromiss und zur echten Koexistenz behandelt, und ist niedergeschlagen zu der Schlussfolgerung gekommen, daß Chruschtschow seine Weichen vorsätzlich auf einen Zusammenstoß gestellt hat und zu keinerlei Ausweichen bereit ist.

Man glaubt hier, daß Chruschtschow dabei von dem Gedanken ausgeht, daß die Amerikaner letzten Endes doch nicht kämpfen werden, sondern nur reden und protestieren - eine Annahme, von der bekanntlich in ziemlich ähnlicher Lage vor einem Vierteljahrhundert auch ein Mann namens Adolf Hitler ausgegangen war. Das jegliches Mißverständnis aus dem Wege räumende Wort des Verteidigungsministers McNamara, daß Amerika für den freien Zugang nach Berlin mit sämtlichen Waffen kämpfen werde, die notwendig sind, sollte Chruschtschows Fehlkalkulation korrigieren - aber man weiß nicht, wie weit das gelungen ist.

Moskau und die "nationale Befreiung"

Von den Sowjets aus gesehen ist das alles imperialistische Böswilligkeit. Von Berlin bis Kuba gibt es eine neue sowjetische Theorie, die alle Varianten des gleichen Themas, nämlich der allmählichen kommunistischen Expansion, wunderbar erfasst und die den Vorteil hat, die Westmächte überall und zu jeder Zeit mit allem, was sie tun ins "Unrecht" zu versetzen. Moskau hat das "Recht" kolonialen Völkern und solchen, die unter einer Diktatur leiden (wie Kuba unter Battista) die "nationale Befreiung" zu bringen. Aber die Kehrseite dieser Medaille ist, daß ein Volk, das einmal die "nationale Befreiung" gewählt hat, auch dabei zu bleiben hat, und daß ein Versuch, von aussen oder innen erneut den Kurs zu ändern, nicht zulässig und sogar ein Völkerrechts- und Friedensbruch ist.

An sich ist die "Gromyko-Doktrin" gar keine so ganz neue Theorie. Die Sowjetunion hat etwa vom Beginn der UNO an immer erklärt, daß deren friedentiftende und vermittelnde Funktion nur auf den nicht-kommunistischen Teil der Erde Anwendung finden darf: Innerhalb des kommunistischen Machtbereichs haben Friedensstifter und Vermittler nichts zu suchen. Mit dieser juristischen Begründung hat Moskau auch während der Revolution in Ungarn operiert - und Amerika hatte sich damals mit ihr abgefunden. Mit dieser Begründung lehnt Moskau auch jede Berlin-Lösung ab, die eine neue Formel nicht nur für West-Berlin, sondern für Gesamt-Berlin einschliessen würde - das würde dann ja heissen, daß der sowjetische Sektor von Berlin, der ja die "nationale Befreiung" schon hinter sich hat, sie wieder aufgeben müßte, und das ist eben von Moskau her prinzipiell ausgeschlossen. Das gleiche gilt für Kuba; Battista zu bekämpfen und zu beseitigen war eine glorreiche nationale Heldentat, seinen nicht weniger diktatorischen und viel aggressiveren Nachfolger Castro stürzen zu wollen, ist ein Verstoß gegen die Gromyko-Doktrin, Verbrechen gegen Frieden und Völkerrecht. Präsident Kennedy hat Gromyko einmal so interpretiert: "Was ich habe, bleibt mein, was Du hast, ist Gegenstand von Verhandlungen". Auf seinen zynischen Kern gebracht, hat Kennedy damit diese Doktrin unübertreffbar klar dargestellt.

Notwendigerweise mußte aus der Präsentation einer solchen Doktrin nebenbei als Begleitmusik zu den eigentlichen Beratungsthemen der UNO-Plenarsession ein reichlich konfuse und verwirrendes Gesamtbild folgen. Vor diesen stehen wir jetzt, und es wird sich kaum so bald entwirren lassen.

Der kleine Mann im Ohr

sp -- "Im Urwald kreischt und dröhnt es Tag und Nacht. Die Ursache kennt niemand. Die im Sumpf Geborenen haben sich daran gewöhnt. Aber Expeditionen sagen, man könne davon verrückt werden. - Bei uns wird getrommelt; Zuschauer, Schlachtenbummler. In der Arena steht ein Mann. Er wird angegriffen; er schlägt zurück. Die Story um diesen Mann ist spannender als die düstere Prosa von Kafka. Die Auseinandersetzung um den Menschen Franz-Josef Strauss ist spektakulärer als die Stücke des Absurden Theaters".

Wir versichern, daß diese Sätze wortwörtlich zitiert aus dem Prospekt "Herbst 1962/ Neue Bücher im Berto-Verlag" sind, der in Bonn sein Domizil hat. Das Buch, dem das hochgestochene Werbeplakat gilt, trägt den Groschenkrini-Titel "Die Trommel im Ohr/Franz-Josef Strauss von Fall zu Fall" und hat den dick aufgetragenen Tendenzzweck, der in der Bundesrepublik noch niemals abgerissenen und sicher auch niemals abreißen lassen Kritik an diesen "Vor-Fall-zu-Fall"-Strauss unter allen Umständen eine Verbindung zur Ostagitation gegen den Verteidigungsminister anzuhängen. Das Unternehmen gehört also in die lange Liste gleichartiger und auch gleichermaßen mißlungener ex-officio-Aktionen, wobei noch nicht einmal der Versuch unternommen worden ist, mit neuem Material zu arbeiten. Die pro-Strauss-Argumente, mit denen Autor und Verlag die "Ohr-Trommel" ordnen lassen wollen, sind alt, abgebraucht und alles andere als zugkräftig. Die Masche, den Sozialdemokraten und den Linksintellektuellen, den westdeutschen "Eggheads" also, eine angebliche SED Anfälligkeit anzureden, ist stumpf und läppisch.

Was also bleibt? Die Aussage des Verlags, man hätte dem deutschen Publikum, das für 124 broschürierte Textseiten bare 6,90 DM bezahlen soll, einen "politischen Thriller" angeboten, ist einfach literarische Hochspannerei. Ein richtiger Thriller, also ein "heißer" Kriminalroman, muß zumindest in einem Punkte die Geldausgabe lohnen; er muß spannend sein und der Leser soll sich erst auf den allerletzten Seiten mit dem Gag konfrontiert sehen. In diesem angeblichen Strauss-"Thriller" aber gibt es weder Spannung noch Gag, sondern nichts anderes und nichts mehr als altes, durch die Druckwalzen gedrehtes Archivmaterial, das man in einen pseudopolemischen Stakato-Slang umgeschrieben und mit typographischen Kunststückchen aufbereitet hat.

"Spannender als die düstere Prosa von Kafka", "spektakulärer als die Stücke des Absurden Theaters?"

Nein, das hat dieser Franz Strauss nun wirklich nicht verdient, daß ihn die "Journalistlinge" ("Die Trommel im Ohr"/Seite 126) seines eigenen Glanz und seiner eigenen politischen Couleur auf offener Bühne massakrieren! Dieses Trommel-Büchlein wird mit einer Reimerei in neun Strophen eingeleitet, deren beide letzten also lauten:

- *"Du lieber Himmel! Im Ost und West, im Süden und im Norden
- * Durch diesen Mäner, der männlich fest,
- * wie Viele sind Weiter geworden!
- * Und ist das auch zu ändern nicht,
- * so möcht ich um eins entschieden doch bitten:
- * Erfüllt die eine Pflicht. Laßt mir den Mann zufrieden!"

Dieses Gedicht stand am 5. April 1874 in "Kladderadatsch"; es war dem Fürsten Bismarck gewidmet. Autor und Verlag der "Trommel im Ohr" meinten unter den Abdruck in Kursiv hinzusetzen zu sollen: "Man könnte annehmen, es bezöge sich auf Franz-Josef Strauss".

Aufrichtiges Beileid, Herr Minister!